



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

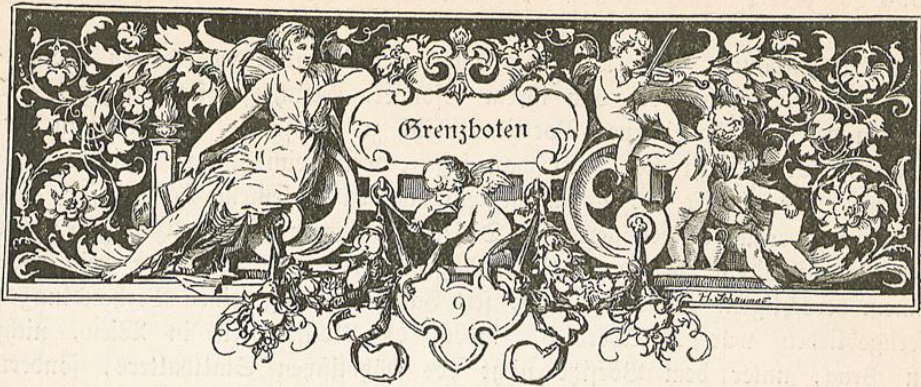
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Randglossen zum böhmischen Ausgleich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Randglossen zum böhmischen Ausgleich



Es ist etwa ein Vierteljahr, daß wir an dieser Stelle Flugschriften aus Österreich anzeigten, die sich namentlich mit dem Verhältnis der Deutschen zu den Slawen in Böhmen beschäftigten. Zwei Richtungen traten dabei — man wird sich erinnern — hervor: die eine zielte auf eine Verständigung mit der Regierung oder besser mit den „permanenten Gewalten des Staates“ ab, die nur durch gewisse Zugeständnisse zu Gunsten der Slawen zu erlangen sei, die andre forderte einen rücksichtslosen, nur von nationalen Ideen geleiteten Kampf gegen Regierung und Slawen zugleich. Wir fanden die erstere Richtung den Bedürfnissen der Gegenwart und der europäischen Stellung Österreich-Ungarns entsprechender. Wirklich haben sich die Dinge nun in dieser Richtung entwickelt.

Zwar nicht ganz so, wie der Verfasser der „Neuen Bahnen“ es gleichsam vorzeichnete. Nicht die deutschen Abgeordneten haben den ersten Schritt gethan, was bei der Gereiztheit ihrer Wähler auch nicht leicht möglich gewesen wäre, sondern die Regierung. Und nicht ein Abkommen zwischen der Regierung und der deutschen Partei ist zuerst geschlossen worden, sondern durch Vermittlung der Regierung eines zwischen Deutschen und Slawen in Böhmen. Es leuchtet ein, daß dieses auf einer festern Grundlage ruht, als es jenes jemals gekonnt hätte.

Sehr merkwürdig ist, daß sich alles außerhalb des Reichsrates abgespielt hat. Aber wenn man seine Zusammensetzung und Parteigruppierung bedenkt, doch begreiflich. Es handelte sich zunächst um die Herstellung eines leidlichen Zustandes in Böhmen. Im Reichsrat hätten nun Polen und Slowenen, Italiener und Deutschklerikale mitzustimmen und mitzuentcheiden gehabt. Keine Frage, das Verhältnis der Deutschen und der Slawen in Böhmen berührt

ganz Cisleithanien, aber wie die Dinge nun einmal liegen, hätten alle jene Parteien die Sache doch von ihrem besondern Gesichtspunkte angesehen und hätten versucht, dabei einen Vorteil für sich zu erhaschen. Das ist nun vermieden worden. Freilich wird man sagen, wenn einmal vom Reichsrat abzusehen war, so ist der böhmische Landtag das berufene Forum für diese Ausgleichsverhandlungen gewesen. Dieser jedoch war nicht vollzählig, er war ein Rumpflandtag, da die deutschen Abgeordneten, wie jedermann weiß, von einem berechtigten Gefühle geleitet, seit Jahr und Tag seinen Verhandlungen ferngeblieben waren. Überdies, indem die Konferenzen in Wien, nicht in Prag, unter dem Voritze nicht des böhmischen Statthalters, sondern des Ministerpräsidenten und im Beisein mehrerer Minister stattfanden, deutete die Regierung an, daß sie die Angelegenheit nicht als eine rein böhmische ansehe; indem sie nur Mitglieder des böhmischen Landtages in die Konferenzen berief, wick sie dem Vorwurf aus, als hätte sie diesen auch nur in der Vorunterhandlung über die wichtigste Landesache ganz übergehen wollen.

Die Berufenen trafen nun, wie es in dem offiziellen Protokoll vom 19. Januar heißt, eine Reihe von „Vereinbarungen, denen die k. k. Regierung ihre Zustimmung erteilte.“ Sie verpflichteten sich, für die Annahme der Vereinbarungen, die ein Ganzes bilden und die Zustimmung der k. k. Regierung gefunden haben, bei ihren politischen Parteigenossen mit Entschiedenheit einzutreten, und insbesondre verpflichteten sich die deutschen Mitglieder der Konferenz, auf Grund dieser Vereinbarungen und für den Fall ihrer Annahme vonseiten aller auf der Konferenz vertretenen Teile bei ihren Parteigenossen den Wiedereintritt in den Landtag zu beantragen.“

Also es war eine Notabelnversammlung, wie sie verschiedene Regierungen in älterer und neuerer Zeit häufig in wichtigen Krisen berufen haben, die aber in dem konstitutionellen Schema der österreichischen Reichshälfte nicht vorgesehen ist. Staatsrechtlich bindende Abmachungen konnten nicht getroffen werden, die Regierung allein stellte einen verfassungsmäßigen Faktor in ihr vor, die übrigen waren Privatpersonen, die sich nur moralisch, nicht rechtlich verpflichten konnten.

Eine bestimmtere Form nahm die Sache an, als die Teilnehmer der Konferenz hierauf am 26. Januar in Prag ihre Parteigenossen versammelten: die Deutschen den Klub der deutschen Landtagsabgeordneten, die Tschechen den Cestyklub, die Großgrundbesitzer ihre Wähler, die sich in zwei Gruppen, die deutsche und die böhmische, gliedern. Denn alle diese Vereinigungen sind bereits Faktoren der Landesgesetzgebung: aus ihnen setzt sich der Landtag zusammen. Indem sie alle die Wiener Abmachungen anzunehmen erklärten, d. h. sie als im Landtag für Durchführung zu bringende Programmpunkte ihrer Klubs bezeichneten, war es so ziemlich gewiß, daß diese in der nächsten Session Gesetzeskraft erlangen würden, denn die Opposition der

Jungtschechen, die bekanntlich in der Wiener Konferenz keinen Vertreter hatten, ist allein zu schwach, um zu verhindern, was Deutsche, Altttschechen und Großgrundbesitzer durchzusetzen übereingekommen sind.

Einen weitem Fortschritt in dem Ausgleichswerke bedeutete es, daß auch die Wählerschaften vieler Städte und Landgemeinden ihre Zustimmung zu den Wiener Vereinbarungen ausdrückten: altttschechische sowohl wie deutsche, die letztern in dem großen Parteitag, der sich am 9. Februar in Teplitz versammelte. Hier haben die Deutschen der sogenannten schärfern Tonart, die die Errungenschaften von Wien in ihren Parteiblättern als viel zu unbedeutend darstellen — sie waren ebenso wie die Jungtschechen in der Konferenz nicht vertreten —, ihre vorläufige Zustimmung ausgesprochen. Überhaupt herrschte in Teplitz ein gemäßigter und versöhnlicher Ton, sodaß Kaiser Franz Josef der Parteileitung durch den Ministerpräsidenten seinen herzlichen Dank ausdrücken ließ — nach mehr als einem Jahrzehnt wieder die erste Anerkennung des patriotischen Sinnes der Deutschen in Böhmen vonseiten der Krone.

Auf den Inhalt der Abmachungen brauchen wir hier nicht einzugehen, sie sind durch die Tagesblätter bekannt genug geworden. Da die Regierung darin gewisse Gesetzesvorlagen an den Landtag, welche Vorarbeiten — statistische Erhebungen u. dgl. — verlangen, oder administrative Verfügungen zusicherte, so konnte sie bereits — noch ehe die nächste Session des böhmischen Landtags, wo alles zur Entscheidung kommen soll, zusammentreten wird — ihren festen Willen zur Durchführung des Ausgleichswerkes an den Tag legen: jene Vorarbeiten sind begonnen, jene Verfügungen sind erlassen worden, und so ist auch auf dieser Seite alles glücklich eingeleitet.

Fassen wir kurz zusammen, was beide Parteien in diesem Ausgleich gewonnen oder verloren haben, und was auch ferner noch in der Schwebe bleibt.

Es ist klar, daß der Erfolg der einen sich mit einem Opfer der andern deckt. Die Tschechen haben seit Jahrzehnten an der Einbildung festgehalten, daß das Tschechische die eigentliche Landessprache sei, auch in rein deutschen Bezirken müßten alle Organe der öffentlichen Autorität, Beamte und Richter, der tschechischen Sprache mächtig sein. Umgekehrt dürfe der Deutsche nicht beanspruchen, in rein slawischen Gebieten mit den Behörden in seiner Muttersprache verkehren zu können. Es leuchtet ein, daß diese Forderung dem Begriff der Gleichberechtigung schroff widerspricht. Sie ist nun — von der altttschechischen Partei wenigstens — aufgegeben worden: ein großes Opfer für ihr nationales Selbstgefühl, ein sehr großer Erfolg für die Deutschen. Andererseits treten die Deutschen wieder in den Landtag ein, wo sie in der Minderheit sind, sie verpflichten sich zu einer thätigen Teilnahme an den Landesangelegenheiten, denen sie geraume Zeit den Rücken gekehrt haben, und indem sie die Möglichkeit eines Ausgleichs außerhalb des Reichstags, bloß durch ein Abkommen zwischen den im böhmischen Landtage vertretenen Interessenten zugeben, machen sie der

Autonomie des Königreiches Böhmen, die den Tschechen so sehr am Herzen liegt, ein wichtiges Zugeständnis. Sie versprechen ferner der Schaffung eines neuen tschechischen Handelskammergebietes im östlichen Böhmen nicht entgegenzutreten. Von den Errungenschaften, die die Tschechen während der letzten zehn Jahre davongetragen haben, werden viele von den Deutschen stillschweigend gutgeheißen, so die Schaffung der tschechischen Universität und vieler Mittelschulen, die Übernahme zahlreicher Lehranstalten, die — bei verhältnismäßig geringem Bedürfnis — von einzelnen Gemeinden gegründet worden sind, in die Staatsverwaltung u. a. Alles das sind gewiß auch Erfolge der Tschechen.

Wenn dann einerseits die vielgenannte Verordnung vom 19. April 1880, betreffend den Gebrauch der Landessprachen im Verkehr der Gerichts- und staatsanwaltshaftlichen Behörden mit den Parteien und autonomen Behörden, die immer einen der vornehmsten Beschwerdepunkte der Deutschen gebildet hat, vorläufig aufrecht erhalten bleibt,*) so ist andererseits den staatsrechtlichen Wünschen der Tschechen, die Sonderstellung des Königreiches Böhmen betreffend, die ihren Ausdruck durch die Königskrönung in Prag findet, weder von der Regierung noch von den Deutschen das geringste Zugeständnis gemacht worden. Es ist in diesen Blättern einmal dargelegt worden, wie diese von vielen tschechischen Patrioten so heiß ersehnte Krönung den Rechten der Deutschen in Böhmen eigentlich keinen Abbruch thun und von ihnen, wenn sie damit in andern wichtigen Dingen ihren Willen durchsetzen, süglich zugestanden werden könnte; aber die Deutschen haben nun einmal ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegen diesen Akt, und wäre es auch eine bloße religiöse Zeremonie. Und so war es denn sehr klug, diese Frage gar nicht zu berühren, sie mag bis auf weiteres noch unentschieden bleiben — Lebensinteressen der beiden Nationen sind von ihrer Lösung nicht abhängig.

Von großer Wichtigkeit ist es, daß die Errichtung nationaler Kurien im böhmischen Landtage nun bestimmt in Aussicht genommen wird: an Stelle der bisherigen Kurien der städtischen und der Landbezirke sollen, unter Fortbestand der Kurie des Großgrundbesitzes, eine tschechische und eine deutsche Kurie treten; die Abgeordneten der Handelskammern werden dann beim Eintritt in den Landtag zu erklären haben, welcher von den beiden Kurien sie angehören wollen. Jede der drei Kurien wird „für Beschlüsse über Änderungen der Landesordnung und der Landtagswahlordnung sowie über Fragen, die den Gebrauch der Sprachen im öffentlichen Leben bei autonomen Behörden und bei solchen Bildungsanstalten betreffen, die nicht ausschließlich einer Nationalität gewidmet sind,“ mit einem Vetorecht ausgestattet werden. So kommen

*) In den Wiener Punktationen wird zwar deren Revision in Aussicht gestellt, aber Deutsche und Tschechen wahrten sich für die Verhandlungen „ihren grundsätzlichen Standpunkt,“ sodaß man nicht absieht, wie da ein Ausgleich zu Stande kommen soll.

Einrichtungen vergangener Zeiten wieder zu Ehren. Das Vetorecht der Kurien hat bekanntlich in den alten ständischen Verfassungen eine große Rolle gespielt, und wo dieses, wie auf den Generalständen in Frankreich, bestand, war eine Vergewaltigung der bürgerlichen Abgeordneten durch Klerus und Adel nicht möglich. Was damals einem sozialen Stande Schutz gewährte, kann es auch heute noch einer nationalen Minderheit inmitten eines vorwiegend slawischen Landes.

Die öffentliche Meinung in Österreich hat den Ausgleich im allgemeinen mit großer Befriedigung aufgenommen. Unzufriedne giebt es natürlich auch diesmal. Da sind einmal die Jungtschechen. Es ist ja unstreitig, daß ihre Wahlerfolge vom letzten Sommer, die Haltung ihrer Abgeordneten im Landtage während der Krönungsdebatte, ihre bei jeder Gelegenheit an den Tag tretende Abneigung gegen die äußere Politik der Krone, endlich auch der Anstoß, den ihre ungestüme Fußbegeisterung den Katholiken aller Nationalitäten in Österreich gab, sehr viel dazu beigetragen hat, daß die Regierung sich endlich dazu bequeme, das Ausgleichswerk in Angriff zu nehmen. Aber die jungtschechische Unzufriedenheit wird dieses Werk einstweilen nicht stören können, denn Alttschechen, Deutsche und Großgrundbesitz stellen, wie gesagt, im Landtage immer noch eine überwältigende Mehrheit dar. Bei den nächsten Wahlen wird dann zu Tage treten, ob die tschechische Bevölkerung Böhmens wirklich friedliebend ist oder nicht. Sehr leicht möglich, daß viele, die im letzten Sommer jungtschechisch wählten, nun der veränderten Lage Rechnung tragen und alttschechisch wählen werden. Denn der Ausgleich ist doch auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Schon bei der bevorstehenden Landesausstellung, die nun ohne Zweifel auch von den Deutschen besichtigt werden wird, muß sich dies zeigen. In den gemischten Bezirken hat doch auch Handel und Wandel, ja das gesellige Leben von dem nationalen Hader sehr gelitten. Wer — wie der Verfasser dieser Zeilen — einige Jahre in Prag gelebt hat, wird dies bezeugen: es war alles getrennt, die Geschäftswelt, die Wissenschaft, das Theater, Konzerte, Bälle — wo Deutsche waren, erschienen die Tschechen nicht, wo Tschechen waren, hielten sich die Deutschen fern, es war beinahe wie im alten Rom vor den Gesetzen des Canulejus: zwei Bevölkerungskreise ohne commercium und conubium, und doch in täglicher unvermeidlicher Berührung mit einander. Das wird nun doch anders werden.

Neben den Jungtschechen sind es auch die extremen Deutschnationalen, die allerlei zu tadeln und zu schelten haben. Sie verdächtigen wohl auch die Männer, die von deutscher Seite an den Konferenzen beteiligt waren: sie wollten Minister werden, flüstern sie, Stellen, Gnaden, Auszeichnungen erhaschen. Aber was liegt daran! Wie wenig gute Dinge sind auf der Welt durch Uneigennützigkeit zu Stande gekommen! Wenn nur das Gute überhaupt geschieht. Uns Österreicher kann es wenig kümmern, ob Herr von Plener sich am Aus-

gleichsweck nur darum beteiligt hat, weil er die stille Hoffnung hegte, dadurch ein Ministerportefeuille zu erlangen; die Hauptsache ist, daß der nationale Friede in Böhmen hergestellt wird, denn davon hängt die Lebenskraft der cisleithanischen Reichshälfte vorzüglich ab.

Die extremen Nationalen meinen, die Deutschen hätten nicht nachgeben, sondern auf allen ihren Forderungen unerschütterlich beharren sollen. Wir bezweifeln sehr, daß dies gute Früchte getragen hätte. Ja, wer den Zerfall Österreichs wünscht, der könnte nichts besseres raten. Denn die nächste Folge wäre unstreitig eine sehr entschiedne Schwenkung der Regierung zu Gunsten der Slawen und Alerikalen gewesen, die Deutschen wären in eine noch unfruchtbarere Opposition gedrängt worden. Wenn doch unsern extremen nationalen Politikern endlich die Einsicht käme: mit der Hegemonie der Deutschen in Österreich, wie sie in der vortaaßischen Zeit bestand, ist es vorbei! Die übrigen Nationen sind zu mächtig emporgewachsen, sie bilden die Majorität. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Wiener Abmachungen den Deutschen in Österreich alles gäben, was sie zu fordern berechtigt sind. In Böhmen selbst, in Mähren und Schlesien, vor allem aber in Steiermark, Kärnten und Krain ist noch viel zu erringen und zu besfestigen; die Deutschen dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Aber Zugeständnisse, das ist sicher, mußten gemacht werden; der Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie wird von nun an immer auf Kompromissen zwischen den Ansprüchen der einzelnen Nationalitäten beruhen.



Unsre Lehrerinnenseminare



Es ist vor einigen Wochen in diesen Blättern einmal versucht worden, den für unsre Gesellschaft charakteristischen männlichen Typus aufzustellen; man hat mit mehr oder weniger Gründen den Privatdozenten, den Professor, den Reserveoffizier zu dem Zwecke herbeigezogen, aber man ist damit zu keinem unbestrittenen Ergebnis gekommen. „Wir leben in einer Zeit des Strebertums,“ rief neulich ein Abgeordneter im Reichstage mit Rücksicht auf einige ungesunde Verhältnisse in unserm Beamtentum aus, und der „Streber“ ist auch thatsächlich die Erscheinung, mit der sich der zukünftige Kulturhistoriker des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts ernstlich wird beschäftigen müssen.